



BDI und Öko-Institut präsentieren Vorschläge für den Umgang mit Konfliktmineralien

BDI und Öko-Institut präsentieren Vorschläge für den Umgang mit Konfliktmineralien
Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) und das Öko-Institut suchen gemeinsam nach Lösungen, wie Politik und Unternehmen in Europa der Problematik der Konfliktfinanzierung von Rohstoffen wie Gold, Tantal, Wolfram und Zinn wirksam begegnen können. BDI-Präsident Ulrich Grillo übergab die im Auftrag des BDI vom Öko-Institut erarbeitete wissenschaftliche Studie am Dienstag in Brüssel an EU-Handelskommissar Karel De Gucht. Transparenz über die Herkunft von Rohstoffen schaffen
"Auf Basis der vorgeschlagenen Handlungsoptionen wollen wir als Industrie gemeinsam mit der EU-Kommission Lösungen erarbeiten, um die Konfliktfinanzierung in der Demokratischen Republik Kongo einzudämmen und die Situation für die Menschen vor Ort zu verbessern", sagte Grillo. Der BDI-Präsident forderte von der Kommission einen "European Approach", der aus den Erfahrungen in den USA mit dem Dodd-Frank-Act 1502 lernt. Der Dodd-Frank-Act verpflichtet börsennotierte Unternehmen seit 2010, die Herkunft bestimmter Rohstoffe offenzulegen. "Transparenz ist auf alle Fälle sinnvoll", sagte Andreas Manhart, Autor der Studie. Mindestens ebenso wichtig sei aber das verantwortungsvolle Engagement der Industrie vor Ort. "Hier gilt es, einen Ausgleich zwischen den beiden Ansätzen zu finden. Umfassende Berichtspflichten für Hersteller von Endprodukten wie Autos oder Flugzeuge bringen nicht automatisch Verbesserungen für die Menschen im Kongo", unterstrich Manhart. Politik und Industrie müssen verantwortungsvollen Bergbau gezielt fördern
Die Studie des Öko-Instituts kommt zu dem Erkenntnis, dass aufwändige Nachweispflichten zur Vermeidung von Konfliktrohstoffen oft unerwünschte Nebenwirkungen haben. Denn die einfachste Möglichkeit, solchen Auflagen gerecht zu werden, sei eine pauschale Meidung aller Rohstoffe aus der Region. "Boycott-Reaktionen stellen auch für den legalen Bergbau - neben der Landwirtschaft oft die einzige Beschäftigungsmöglichkeit für die dortige Bevölkerung - ein großes Problem dar", stellte Manhart fest. "Die europäische Politik und Industrie sollten deshalb den legalen und verantwortungsvollen Bergbau im Kongo gezielt fördern, anstatt lediglich die Verwendung von Konfliktrohstoffen zu unterbinden." Studie "Conflict minerals - An evaluation of the Dodd-Frank Act and other resource-related measures" des Öko-Instituts in Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Netz Zentralafrika
<http://www.oeko.de/oekodoc/1809/2013-483-en.pdf>
Ansprechpartner: Andreas Manhart
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institutsbereich Produkte
Stoffströme
Öko-Institut e.V.
Pressetelefon: +49 761 45295-222
E-Mail: a.manhart@oeko.de
Alexander Mihm
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Tel.: +49 30 2028-1450
E-Mail: a.mihm@bdi.eu
Das Öko-Institut ist eines der europaweit führenden, unabhängigen Forschungs- und Beratungsinstitute für eine nachhaltige Zukunft. Seit der Gründung im Jahr 1977 erarbeitet das Institut Grundlagen und Strategien, wie die Vision einer nachhaltigen Entwicklung global, national und lokal umgesetzt werden kann. Das Institut ist an den Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin vertreten.


Pressekontakt

Öko-Institut e.V. - Institut für angewandte Ökologie

10115 Berlin

a.mihm@bdi.eu

Firmenkontakt

Öko-Institut e.V. - Institut für angewandte Ökologie

10115 Berlin

a.mihm@bdi.eu

Das Öko-Institut e.V. - Institut für angewandte Ökologie - wurde 1977 gegründet. Die Gründung stand in engem Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Bau des Atomkraftwerks Wyhl in Baden-Württemberg. Ziel des Öko-Instituts und seiner WissenschaftlerInnen war und ist eine von Regierungen und Industrie unabhängige Umweltforschung zum Nutzen der Gesellschaft. Unsere Forschungsergebnisse werden der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt